

Allensbach-Studie: Die Energiewende als Klassenfrage

15 Feb. 2026 07:15 Uhr

Der Rückhalt für eine energiepolitische Transformation schwindet bei den Deutschen. Das ergibt eine aktuelle Umfrage. Neben regionalen Unterschieden und parteipolitischen Präferenzen wird deutlich: Die Energiewende muss sich der Bürger erst einmal leisten können.



Quelle: RT

Symbolbild, "KI"-erstellt.

Von Astrid Sigena

Die Energiewende, also der Übergang von fossiler Energieerzeugung hin zu einem auf nachhaltigen Energieträgern basierenden System, gerät in Deutschland ins Stocken. Zumindest was den Rückhalt für diese energetische Transformation in der Bevölkerung betrifft. Diese Einschätzung ergibt eine repräsentative Umfrage unter den Bundesbürgern, die das Institut für Demoskopie Allensbach für die BMW Foundation Herbert Quandt durchgeführt hat. Das Institut hatte im November und Dezember vergangenen Jahres dafür über 1.000 Menschen ab 16 Jahren befragt.

Gemäß der Studie "Energy Transition Future Monitor 2026" [hält](#) zwar noch eine relative Mehrheit der Befragten den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern samt dem deutschen Sonderweg des Atomausstiegs für richtig und unterstützt diese Maßnahmen als grundsätzlich notwendig. Die Anzahl der Befürworter ist allerdings von 73 Prozent im Jahr 2012 auf nun 43 Prozent zurückgegangen.

Dementsprechend konstatieren die Verfasser der Studie eine zunehmende Polarisierung innerhalb der Bevölkerung, was den Ausbau der erneuerbaren Energien betrifft.

Heba Aguib, Vorstandsmitglied der BMW-Stiftung zeigt sich angesichts dieses Befundes besorgt, auch was den Erfolg der sogenannten Zeitenwende betrifft:

"Energie ist ein dominierender Faktor in der Geopolitik und gleichzeitig ein limitierender Faktor im globalen KI-Wettlauf. Eine echte 'Zeitenwende' kann nur mit einer konsequenten Energiewende gelingen. Dafür ist gesellschaftliche Unterstützung notwendig."

Wer Deutschland schützen wolle, müsse die Energiewende verteidigen. Es sei notwendig, die Energiewende realistischer zu gestalten, auch in Bezug auf die Sicherheits- und Wirtschaftspolitik, und die Sorgen der Bevölkerung ernstzunehmen, so das Fazit.

Die von der Studie konstatierte Spaltung verläuft nicht nur entlang parteipolitischer Präferenzen. Sind Anhänger der Grünen, der SPD und der Linkspartei meist Befürworter der Energiewende, lehnen AfD- und FDP-Wähler diese deutlich ab. In der Mitte stehen die Unionsanhänger. Bei ihnen halten sich Ablehnung und Befürwortung nahezu die Waage. Auch regional betrachtet ist die Zustimmung zur energetischen Transformation unterschiedlich: In den ostdeutschen Bundesländern beträgt sie nur 33 Prozent. Eine Mehrheit der Ostdeutschen hält die Abkehr von Atomkraft und fossilen Energien nicht für den richtigen Weg (S. 8).

Besonders Menschen mit niedrigen sozioökonomischen Status – so die Formulierung der Studie – sind Gegner der Energiewende. Die Ablehnung beträgt in der Unterschicht 43 Prozent. Dagegen befürworten 44 Prozent der Mittelklasse und 54 Prozent der Menschen mit hohem sozioökonomischen Rang die bisherige Energiepolitik. Die Energiewende ist also ein Projekt, das vor allem die Mittel- und Oberschicht begrüßt.

Das ist logisch, denn diese Klassen können die Kosten, die mit dem Umbau des Energiesektors auf den Verbraucher zukommen, am ehesten kompensieren. Sie profitieren auch eher von der Förderung bei der Heizungsumstellung und wissen diese zu nutzen. Denn um beispielsweise eine Wärmepumpe zu kaufen, benötigt man eigenes Vermögen oder einen Kredit. Zwar hat der Staat versucht nachzubessern: Haushalte mit einem Gesamteinkommen bis 40.000 Euro erhalten einen Einkommensbonus, die Förderung kann dadurch bis zu 70 Prozent der Kosten betragen. Aber auch die restliche aufzuwendende Summe kann ein harter Brocken werden. Gerade auf dem Land gibt es viele Geringverdiener ohne eigenes Vermögen, die gerade so durchkommen, weil sie im eigenen Haus leben. Die Energiewende bringt dieses prekäre Gleichgewicht oftmals ins Wanken.

Die alte Öl- oder Gas-Heizung weiterzubetreiben – insofern es das Heizungsgesetz erlaubt –, ist allerdings auf Dauer auch keine Lösung für diese Personengruppe. Denn der Staat belegt Öl und Gas mit einem CO₂-Preis, der in den kommenden Jahren weiter ansteigen soll. Und Ziel der CO₂-Bepreisung ist es gerade, die Bürger zur energetischen Sanierung, zum Heizungsaustausch und zum E-Auto **zu drängen**. Auf Dauer planen die Stadtwerke und Energieversorger ohnehin **die Stilllegung** der Gasnetze. Die im Bundestagswahlkampf versprochene Abschaffung des ungeliebten Heizungsgesetzes ist ohnehin **vom Tisch**.

Ähnlich verhält es sich bei der Förderung der E-Mobilität. Auch hier **fördert** der Staat den Umstieg auf einen "Stromer" zwar recht großzügig mit bis zu 6.000 Euro – allerdings nur für Neuwagen, die selten unter 20.000 Euro Kaufpreis liegen. Zwar hat die EU ihr Verbrenner-Verbot bis zum Jahr 2035 **abgemildert** – aber auch hier stellt sich für den Besitzer eines mit Benzin angetriebenen Wagens das

Problem der steigenden CO₂-Abgabe. Kein Wunder, dass sich viele Bürger immer mehr in die Enge getrieben fühlen!

Der Allensbach-Studie zufolge verbinden immer mehr Menschen die Energiewende mit Risiken statt mit Chancen. 37 Prozent der Befragten sehen mehr Risiken für Deutschland, insbesondere was Wettbewerbsfähigkeit und die Bewahrung von Arbeitsplätzen betrifft, 28 Prozent mehr Chancen (S. 20). Die Verfasser der Studie verknüpfen diesen Umschwung vor allem mit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs 2022 (S. 21). Ab da sei das Risikobewusstsein der Deutschen gestiegen, was den Energieumstieg betrifft. Allensbach deutet lediglich an, dass diese Verunsicherung auf Deutschlands Verzicht auf die Nutzung des verbliebenen Strangs der Nord-Stream-2-Pipeline zurückzuführen sein könnte. Sowie auf das Ansinnen der EU, Gasimporte aus Russland vollständig [zu stoppen](#).

Die Frage nach einer sicheren Energieversorgung hat also an Bedeutung gewonnen, interpretiert das Allensbach-Institut die Umfrage-Ergebnisse. Eine Frage, die im Vergleich zum Befragungszeitraum in der Zwischenzeit noch weiter Priorität erhalten haben dürfte. Denn mittlerweile [befindet sich](#) der Füllstand der Gasspeicher in Deutschland auf einem historischen Tiefstand. Eine Gasmangellage ist nicht mehr ausgeschlossen. Als weitere negative Folgen der Energiewende nehmen viele Bürger die sogenannte "Verspargelung" der Landschaft durch Windkraftanlagen und den Flächenverbrauch durch Photovoltaik wahr (S. 33f.).

Ohnehin scheint für die befragten Bürger die Notwendigkeit einer raschen Energiewende abzunehmen; die Lösung anderer Probleme wie der aktuellen Wirtschaftskrise sind für sie dringlicher. Auch Sorgen um die innere und äußere Sicherheit spielen vermehrt eine Rolle und lassen die Angst vor den Auswirkungen des Klimawandels schwinden. Machten sich 2019 noch 51 Prozent der Befragten große Sorgen um die Klimakrise, so ist die Zahl der Besorgten seit 2022 geschwunden, mittlerweile auf nur noch 33 Prozent. Dementsprechend schwindet die Bereitschaft, für die Abwendung des Klimawandels (sofern das überhaupt möglich ist) Opfer zu erbringen (S. 29 und 31).

Die Grünen als Hauptantreiber der Energiewende haben diesen Umschwung bemerkt. Auf ihrem Parteitag im vergangenen November bemühten sie sich nach Kräften, von dem Stigma wegzukommen, eine ideologisierte Partei der sozialen Kälte zu sein. Henriette Held, die Bundessprecherin der Grünen Jugend, [konstatierte](#) sogar:

"Die Klimafrage ist eine Klassenfrage."

Nun sollen die "Superreichen" die Kosten für den Energieumbau tragen, zum Beispiel durch höhere Steuern für teure Privatjets oder eine Übergewinnsteuer für Erdöl- und Gaskonzerne. Auch ein sozial gestaffeltes Klimageld, das die Bürger beim Heizen und Tanken entlasten soll, kam zur Wiedervorlage (die Fraktion der Linken hatte es bereits im September 2025 im Bundestag [beantragt](#)).

Allerdings sind die Grünen seit vergangenem Jahr im Bund nicht mehr an der Regierung. Sie können also vorerst diese Wohltaten nicht an den Bürger verteilen. Die schwarz-rote Regierungskoalition geht eher in die umgekehrte Richtung: In wirtschaftlich schweren Zeiten, in denen sich der Bund zusätzlich für die Aufrüstung verschuldet hat, häufen sich die Vorschläge, Vergünstigungen und Leistungen abzuschaffen. Nicht nur im sozialen Bereich. Vonseiten der CSU war auch schon mal das Zusammenstreichen der Wärmepumpenförderung [im Gespräch](#). Die Energiewende dürfte also auch in Zukunft den Bürgern teuer zu stehen kommen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.